

Thymian Bussemer / Christian Krell / Henning Meyer

Sozialdemokratische Grundwerte im zweiten Maschinenzeitalter

Wir erkennen gerade erst die Konturen der herausziehenden digitalen Gesellschaft. Nach allem, was wir wissen, erweitern die alltäglich und omnipräsent werdenden digitalen Maschinen unsere Möglichkeiten, legen uns aber auch neue Beschränkungen und Zwänge auf. Sie verändern gleichermaßen unsere Institutionen wie unsere sozialen Praktiken und eröffnen neue, noch nicht vermessene Dimensionen des Handelns. Die digitale Gesellschaft bringt sowohl eine neue Ermächtigung wie eine neue Beschränkung des Menschen mit sich. Bislang nicht erahnte Möglichkeiten der Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung stehen unverbunden neben einer in der Vergangenheit ebenfalls nicht vorhersehbaren Schutzbedürftigkeit des Individuums vor digitaler Überforderung, sozialer Stigmatisierung und der Beraubung seines geistigen Eigentums durch datenwütige Internetkonzerne.

Gefahr einer Zweiteilung des Einkommensgefüges aus Lohnarbeit

Wirtschaftlich können wir mit einer »Automatisierungsdividende« aus der Digitalisierung der Industrieproduktion sowie der Entstehung neuer digitaler Dienstleistungen rechnen. Der gesamtgesellschaftliche Reichtum nimmt aller Voraussicht nach zu. Gleichzeitig sinkt die Zahl derjenigen, die unmittelbar von diesem Produktivitätsanstieg profitieren, denn einerseits nimmt die Zahl der in den hochautomatisierten Betrieben Beschäftigten tendenziell ab und andererseits wird der größere Teil des ökonomischen Ertrags einer digitalisierten Wirtschaft auf einige Branchen der Export- und Digitalwirtschaft entfallen. Diese aber werden nur für eine relativ kleine Zahl von Beschäftigteneliten Arbeitsplätze bereitstellen. Insofern droht hier die Gefahr einer Zweiteilung des Einkommensgefüges aus Lohnarbeit: Immer höhere Löhne im Bereich der hoch konkurrenzfähigen Weltmarktindustrien, die sich von der normalen Einkommensentwicklung im Land abgekoppelt haben.

Digitalisierung bedeutet also auch neue Verteilungsfragen: Wozu soll die Automatisierungsdividende eingesetzt werden? Wie verhindern wir eine weitere Spreizung der Einkommen? Und wie können wir Wohlstandszugewinne so verteilen, dass sie unsere Gesellschaft – etwa durch eine Stärkung der sozialen Berufe – lebenswerter machen?

Grundsätzliches Nachdenken über die neue Gesellschaft ist vor diesem Hintergrund angesagt. In der Grundwertekommission der SPD haben wir die drei sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität einer systematischen Überprüfung im Hinblick auf ihre Gültigkeit, Anwendbarkeit und auch ihre Anpassungsfähigkeit an die neue Gesellschaftsformation unterzogen. Das ist an sich nichts Neues: Von der Industrialisierung bis zur modernen Wissensökonomie, vom Kaiserreich bis ins wiedervereinigte Deutschland wurden die Grundwerte immer wieder neu interpretiert und auf veränderte Umstände bezogen, um sie in ihrem Wesenskern zu erhalten.

Die Digitalisierung macht einen solchen neuerlichen Überprüfungsprozess aus zwei Gründen erforderlich: Erstens verändert die ablaufende Transformation die bestehenden Muster des Arbeitens, Lebens und Lernens. Zweitens – und das erscheint ungleich wichtiger – fügt sie den uns bekannten Räumen des Handelns eine komplett neue Sphäre hinzu: den virtuellen Raum, in dem Menschen beruflich und privat immer

mehr Zeit verbringen. Dieser Raum ist eng verwoben mit der realen Welt, hat aber völlig neue Qualitäten. Er ist hinsichtlich seiner sozialen und rechtlichen Normen, seiner Ausdehnung und Einfügung in unsere Gesellschaften noch nicht einmal im Ansatz definiert, geschweige denn geordnet und reglementiert.

Erstens: Freiheit. Die Sozialdemokratie war in ihrem Ursprung und in ihrer Geschichte immer eine Freiheitsbewegung. Freiheit ist in ihrem Verständnis nicht nur die Freiheit von Willkür und Unterdrückung im Sinne der abwehrenden Freiheitsrechte, die vor Übergriffen des Staates oder der Gesellschaft schützen. Freiheit ist auch die Freiheit von Not und Furcht und damit die Verfügungsmacht über die materiellen Möglichkeiten zu einem selbstbestimmten Leben im Sinne der ermöglichenden Freiheitsrechte.

Auf die Chance, ein freies und selbstbestimmtes Leben zu führen, wirkt die Digitalisierung widersprüchlich. Die Selbstorganisation von gesellschaftlichen Minderheiten, neue Formen der Partizipation und Teilhabe sowie mehr Souveränität über die eigene Lebensumwelt können mithilfe des Internets verstärkt werden. Zugleich zeigt sich auch bei der Digitalisierung das auf Platon zurückgehende Paradoxon der Freiheit: Freiheitschancen ohne Regulierung führen zu mehr Freiheiten für einige wenige Starke und zu weniger Freiheiten für die Schwachen.

So eröffnet die Digitalisierung neue Räume, in denen sich Interessen artikulieren und formieren können. Der Freiheitsspielraum gerade von kleinen Gruppen wächst. Zugleich zeigen sich bei den exponentiell wachsenden Datenmassen aber auch die freiheitsgefährdenden Potentiale der Digitalisierung. Jeder hinterlässt digitale Spuren. Diese Daten werden mit immer raffinierteren Algorithmen ausgewertet. Die Folge: Mit mathematischer Genauigkeit kann nicht nur das menschliche Verhalten vorhergesagt werden, auch soziale Beziehungen werden zu berechenbaren Größen. Interesse daran besteht vor allem aus zwei Richtungen: Von Seiten privater Unternehmen zum Zweck der Profitmaximierung und von staatlicher Seite in Gestalt geheimdienstlicher Überwachung. So unterschiedlich die Interessenslagen, so ähnlich sind die Effekte: Sie zielen auf vollständige Transparenz des menschlichen Handelns.

*Eine offene
Gesellschaft braucht
geschützte Räume,
Vertrauen und
Vertraulichkeit*

Was aber passiert mit einer offenen Gesellschaft, wenn sie zu einer vollständig transparenten, gleichsam nackten Gesellschaft wird? Sie wird zu einer unfreien Gesellschaft. Privatheit ist die Voraussetzung von Autonomie. Wirklich freie Entscheidungen sind nur dann möglich, wenn sicher ist, dass nicht jede unserer Handlungen öffentlich ist. Juli Zeh hat es treffend auf den Punkt gebracht: »Wer von allen Seiten angestarrt wird, geht jeder Chance verlustig, sich frei zu entwickeln«. Eine offene Gesellschaft braucht auch geschützte Räume, Vertrauen und Vertraulichkeit sowie die Gewissheit, dass das Individuum selbst darüber entscheidet, was es anderen zugänglich machen will und was nicht. Nur so kann sich eine freie Gesellschaft entfalten.

Was also tun, um die Chancen der Digitalisierung für eine freie Gesellschaft zu nutzen und die Risiken zu minimieren? Es gilt hier, die Akteure in den Blick zu nehmen, die das größte Interesse an dem gläsernen und berechenbaren Menschen und der nackten Gesellschaft haben, die privaten Konzerne und die staatlichen Überwachungsstrukturen.

Staatlichen Akteuren kommt eine janusköpfige Rolle bei der Sicherung der freien Gesellschaft zu. Einerseits sind sie es – vor allem die Geheimdienste der »Five Eyes« USA, Großbritannien, Australien, Neuseeland und Kanada –, die die Überwachung in

einem Maß forciert haben, welches sich selbst George Orwell kaum hätte ausdenken können. Andererseits sind es natürlich auch demokratische staatliche Strukturen, die Rahmenbedingungen für die digitalisierte Gesellschaft aushandeln und durchsetzen können. Die europäische Ebene könnte dabei eine besonders wichtige Rolle spielen, wenn sie den Handlungsbedarf in diesem Bereich endlich erkennen und konsequent angehen würde.

In Bezug auf privatwirtschaftliche Konzerne ist die technische Infrastruktur selbst in den Blick zu nehmen. Wichtige europäische Datenleitungen sind im Besitz britischer und US-amerikanischer Unternehmen, auf die wiederum von den Geheimdiensten der jeweiligen Länder zugegriffen wird. Wer nicht will, dass – wie es Peter Glotz schon im Jahr 2000 formuliert hat – »die wichtigste Branche des 21. Jahrhunderts einer Handvoll internationaler Großkonzerne« ausgeliefert wird, der muss über öffentliche Infrastruktur und öffentliche Güter reden. Mittelfristig würde das auch eine echte Netzneutralität gewährleisten.

Die entscheidende Frage allerdings wird der Umgang mit dem »Rohstoff des 21. Jahrhunderts«, also den Daten, sein. Auch hier zeigt sich eine problematische Tendenz zu Datenmonopolen bei einigen wenigen Konzernen. Es ist das natürliche Interesse dieser Konzerne, ihren Profit zu steigern und dafür immer mehr Daten zu nutzen, zu kombinieren und zu vermarkten. Im Interesse einer freien Gesellschaft muss dieses Interesse aber eingehegt werden. Hierin liegen gewaltige Aufgaben für die europäischen Zivilgesellschaften.

Zweitens: Gerechtigkeit. Was bedeutet Gerechtigkeit in einem Zeitalter, in dem der Zugang zur vernetzten Welt immer mehr zur Voraussetzung für Wissen, für Erwerbschancen, qualifizierte Arbeit und soziale Verständigung wird?

Vor allem die Arbeitsmärkte geraten durch die Digitalisierung unter Druck. Das von Erik Brynjolfsson und Andrew McAfee eindrucksvoll beschriebene »zweite Maschinenzeitalter« ermöglicht gigantische Produktivitätssprünge, die zumindest zum Teil den

Gesamtgesellschaftliche Organisation von Arbeit und Verteilung muss neu diskutiert werden

Verlust von Arbeitsplätzen zur Folge haben werden. Denn ein großer Teil der Aufgaben, die heute typischerweise im Büro oder in der Fertigung anfallen, werden in einigen Jahren automatisiert sein. Obwohl über die langfristigen Auswirkungen der digitalen Revolution kontrovers debattiert wird, sind sich Experten weitgehend einig, dass auf kurze Sicht erhebliche Engpässe auf den Arbeitsmärkten zu befürchten sind. Deswegen ist es dringend geboten, dass die Politik gestaltend

eingreift. Wenn Arbeitsplätze überflüssig werden oder Berufsbilder sich komplett verändern, ist eine proaktive Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik gefragt. Doch auch die gesamtgesellschaftliche Organisation von Arbeit und Verteilung muss neu diskutiert werden. Denn ob die Digitalisierungsdividende einige Wenige reich machen und den Druck auf dem Arbeitsmarkt für die Mehrheit der Gesellschaft radikal erhöhen wird, oder ob sie vor allem zu einer Neustrukturierung von Arbeit und Freizeit im Sinne neuer Balancen führt, ist vor allem eine Verteilungsfrage und somit eine direkte Herausforderung für das Gerechtigkeitsverständnis der Sozialdemokratie.

Drittens: Solidarität. Solidarität war für die Arbeiterbewegung die Chance, Freiheit auch unter ungleichen Bedingungen zu ermöglichen. Durch die Bereitschaft zur Anteilnahme am Anderen konnten entwürdigende Umstände gemeinsam abgemildert werden. Durch den Sozialstaat wurde Solidarität konkret greifbar. In Zeiten der Digitalisierung verändern sich die Bedingungen für ein solidarisches Miteinander in vielfacher Hinsicht. Angesichts einer sich parzellierenden Öffentlichkeit, der Entbe-

trieblichung der Arbeit, der veränderten Anforderungen an den Sozialstaat und eines wirkmächtigen libertären Diskurses wird Solidarität gleichzeitig schwieriger und notwendiger.

Solidarität steht im Zeitalter sich verengender Öffentlichkeiten unter Druck. Soziale Netzwerke, auf einzelne Nutzer oder Teilgruppen bezogene Nachrichtenangebote und Suchmaschinen führen zu einem eingeschränkten Blick auf die gesellschaftliche Wirklichkeit. Solidarität – die überobligatorische Bereitschaft zur Anteilnahme am Anderen – wird so immer unwahrscheinlicher, da der Andere immer weniger ins eigene Blickfeld gerät.

Für die Arbeiterbewegung stellen sich immense Herausforderungen allein durch die Entbetrieblichung der Arbeit. Der Ort, an dem früher oft Solidarität geübt wurde, löst sich mehr und mehr auf. Neue Formen der solidarischen Organisation für die Click- und Cloudworker sind bisher nur unzureichend entwickelt, auch wenn die Gewerkschaften, die sich selbst gerade durchaus erfolgreich an die neuen Gegebenheiten anpassen, hier erste Antworten gefunden haben.

Auch auf Ebene der nationalen Sozialstaaten zeigen sich immense Umbrüche. Wenn US-amerikanische kulturelle Trends ein Vorbild für die Digitalisierung in Deutschland und Europa werden, so steht die institutionalisierte Solidarität der europäischen Wohlfahrtsstaaten zur Disposition. Die immer häufiger aus dem Silicon Valley zu vernehmenden Rufe nach einem libertär ausgeprägten bedingungslosen Grundeinkommen sind nicht nur dazu gedacht, makroökonomischen Problemen der angebotsseitigen digitalen Revolution entgegenzuwirken – jedes Angebot braucht schließlich auch seine Nachfrage – sondern sie basieren grundsätzlich auch auf einem libertären Verständnis gesellschaftlicher Organisation. So zielen Vorschläge zur Einführung des Grundeinkommens auch auf die Rückführung staatlicher Leistungen insgesamt. Diese Version eines libertär ausgelegten Grundeinkommens bedeutet im Endeffekt eine Entsolidarisierung und damit die Individualisierung der Absicherung von Lebensrisiken. Es legt also die Axt an die Grundlage des europäischen Sozialstaatsmodells: die kollektive Absicherung von Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter.

Sozialdemokratische Wertepolitik in der digitalen Gesellschaft

Derartige Angriffe auf unsere erprobten wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen zeigen, wie wichtig es ist, dass die Sozialdemokratie die Idee der gesellschaftlichen Solidarität und ihre Institutionalisierung in Zeiten der Digitalisierung neu denkt. Der technologische Wandel erfordert mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt, wenn seine Möglichkeiten breit genutzt und die Gefahren kollektiv abgesichert werden sollen. Die libertären Konzepte eines »jeder für sich selbst« sind aber schon weit gediehen.

Unsere kurze Inventur der Herausforderungen für die sozialdemokratischen Grundwerte in der Digitalisierung dürfte die Janusköpfigkeit der aktuell ablaufenden Entwicklung deutlich gemacht haben: Dem globalen Freiheits- und Fortschrittsversprechen der Digitalisierung stehen zahlreiche neue Restriktionen und Gefährdungen entgegen.

Die Enthüllungen über die Tätigkeit von NSA & Co. haben die Verletzlichkeit unserer digitalen Kommunikationsinfrastrukturen eindrucksvoll offengelegt. Als Verbraucher kennen wir die kleinen und großen Betrugsversuche im Internet, als politisch engagierte Menschen die Wucht und Diffamierungsmacht eines Shitstorms. Und als Europäer schätzen wir die vieldimensionale Pluralität, die unsere Identitäten prägt und durch die Übermacht der monokulturell ausgeprägten »kalifornischen Ideologie« der

Internet-Konzerne gefährdet wird. All dies zeigt die Ambivalenz und Verletzlichkeit europäischer, deutscher und auch sozialdemokratischer Grundwerte in der sich digitalisierenden Gesellschaft. Und es macht eindrücklich deutlich: Wer die Gültigkeit der sozialdemokratischen Grundwerte schützen will, der muss die Digitalisierung gestalten. Die Sozialdemokratie, die die Industrialisierung vermenschlicht und die von ihr entfesselten Kräfte in gesamtgesellschaftlichen Wohlstand und individuelle Freiheitsrechte überführt hat, ist dazu nicht nur besonders gut in der Lage, sie ist geradezu verpflichtet diese Gestaltungsaufgabe anzunehmen.

(Der Beitrag beruht auf einem Arbeitsprojekt der SPD-Grundwertekommission)



Thymian Bussemer
ist promovierter Kommunikationswissenschaftler und arbeitet in der Grundsatzabteilung Personal der Volkswagen AG.
t.bussemer@gmx.de



Christian Krell
leitet die Akademie für Soziale Demokratie der FES und ist Lehrbeauftragter der Universität Siegen.
christian.krell@fes.de



Henning Meyer
ist Research Associate an der London School of Economics und Herausgeber des Social Europe Journals (www.social-europe.eu).
h.meyer@lse.ac.uk

Martin Pfafferoth

Minderheitsregierung auf Bundesebene – eine innovative Option für die SPD?

Eines der Probleme der SPD bei der Bundestagswahl 2013 war die mangelnde Verdeutlichung einer realen Machtperspektive. Die Umfragewerte stützten die Möglichkeit einer rot-grünen Wunschkoalition nicht und da die SPD-Führung eine rot-rot-grüne Koalition beharrlich ausschloss, schien die Große Koalition die einzige Möglichkeit zu sein, in Regierungsverantwortung zu kommen. Noch sind es knapp eineinhalb Jahre bis zum nächsten Urnengang 2017, doch das Problem ist angesichts stagnierender Umfragewerte das gleiche. Will die SPD aber attraktiv für Wählerinnen und Wähler sein, muss der Anspruch und auch eine vermittelbare Chance bestehen, die Regierung zu führen.

Keht die SPD bei Umfragen nicht bald in Gefilde von 35 % und mehr zurück, ist sie gut beraten, auch innovative Machtoptionen in ihr Kalkül aufzunehmen. Die Rücknahme des pauschalen Ausschlusses einer Koalition mit der Partei DIE LINKE war dafür

*Ausgangslage und
Anspruch auf
Regierungsführung*

ein wichtiger Schritt und so machttaktisch notwendig wie inhaltlich geboten. Auch eine Ampel-Koalition sollte weiter im Repertoire der Koalitionsszenarien bleiben. Fernab konventioneller Mehrheitsoptionen existiert mit dem Format einer Minderheitsregierung darüber hinaus eine weitere Alternative, die oftmals und gerade in der Bundes-

republik zu wenig Beachtung findet, aber eines näheren Blickes lohnt. Minderheitsregierungen können nicht nur durchaus stabil sein und gute Ergebnisse in der Sache wie an der Wahlurne aufweisen, wie das einige Beispiele in Skandinavien und vielen anderen etablierten parlamentarischen Demokratien auch auf Bundesländerebene gezeigt haben. Sie können gerade bei einer schwierigen Ausgangslage Koalitionsblockaden lösen. Demokratietheoretisch sind sie zudem dann positiv zu beurteilen, wenn sie eine Alternanz in der Regierungsführung herstellen, wo keine Mehrheitskoalition die amtierende Regierung ablösen kann.